



kommunikationsmanagement

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

ah-life

kommunikationsmanagement

Tuchlauben 7a, 1010 Wien

gültig ab 11/2021

PRÄAMBEL (ALLGEMEINE GRUNDLAGEN DER ZUSAMMENARBEIT)

- (1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im folgenden AGB genannt) dienen dem Zweck, Rechte und Pflichten - sofern sie über zwingendes Recht hinausgehen - von ah-life (Werbeagentur und Kommunikationsmanagement) in Folge Auftragnehmer genannt als auch ihres Auftraggebers (in Folge Auftraggeber oder Kunde genannt) festzulegen und im Geschäftsverkehr möglichst klare Auftragsverhältnisse zu schaffen.
- (2) ah-life ist berechtigt, den Auftrag durch sachverständige, unselbstständig beschäftigte Mitarbeiter oder gewerbliche/freiberufliche Kooperationspartner (ganz oder teilweise) durchführen zu lassen.
- (3) Der Kunde sorgt dafür, dass der Auftragnehmer auch ohne dessen ausdrückliche Aufforderung alle für die Erfüllung des Auftrages notwendigen Unterlagen zeitgerecht vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sind. Dies gilt auch für alle Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Auftrags Erfüllung bekannt werden.
- (4) Der Tätigkeit des Auftragnehmer liegt in der Regel eine Vereinbarung (Agenturvereinbarung) mit dem Auftraggeber zu Grunde, die sowohl den Umfang der Leistungen als auch das dafür in Rechnung zu stellende Entgelt beinhaltet und die Abgeltung der Nutzungsrechte vereinbart.

ART. 1 GELTUNGSBEREICH UND UMFANG DES AUFTRAGES

- (1) Die AGB gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich vereinbart wurde. Nebenabreden, Vorbehalte, Änderungen oder Ergänzungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform. Entgegenstehende oder von diesen Geschäftsbedingungen abweichende Bedingungen des Vertragspartners werden selbst bei Kenntnis nur dann wirksam, wenn sie vom Auftragnehmer ausdrücklich und schriftlich anerkannt werden.
- (2) Zur Festlegung möglichst klarer Auftragsverhältnisse werden zwischen den Vertragspartnern Geltungsbereich und Umfang des Auftrages in einer Leistungsbeschreibung so detailliert wie nur möglich definiert.

- (3) Eine derartige Leistungsbeschreibung enthält zumindest genaue Angaben über folgende Teilbereiche der Leistungserstellung:
- Ziel der Zusammenarbeit
 - Ausgangssituation
 - kreativer Leistungsumfang (Konzept)
 - Umsetzungsplan
 - Fremdleistungen (Leistungen Dritter)
 - Kostenvoranschlag
 - Vereinbarung über Erfolgsmessung
 - Vereinbarung über Dokumentation
 - Zahlungsbedingungen
- (4) Für die Leistungserstellung sind ausreichende Auftragsgrundlagen unabdingbare Voraussetzung. Es sind dies vor allem:
- Umfassendes Briefing
 - Beistellung detaillierter Unterlagen und Informationen

ART. 2 VERTRAGSABSCHLUSS

- (1) Basis für den Vertragsabschluss ist das jeweilige Angebot des Auftragnehmers bzw. der Auftrag des Kunden, in dem der Leistungsumfang und die Vergütung festgehalten sind. Die Angebote des Auftragnehmers sind freibleibend und unverbindlich. Konzepte, die auf Wunsch des Kunden erstellt werden sind kostenpflichtig, die Kosten werden im Rahmen einer Beauftragung jedoch als Teil des Auftrages wieder gut geschrieben.
- (2) Angebote des Auftragnehmers an den Kunden sind 4 Wochen gültig. Erteilt der Kunde einen Auftrag, so ist er an diesen vier Wochen ab dessen Zugang bei dem Auftragnehmer gebunden. Der Vertrag kommt durch die Annahme des Auftrags durch den Auftragnehmer zustande. Die Annahme hat in Schriftform (z. B. durch Auftragsbestätigung per Email) zu erfolgen, es sei denn, dass der Auftragnehmer zweifelsfrei zu erkennen gibt (z. B. durch Tätigwerden aufgrund des Auftrages), dass er den Auftrag annimmt.

ART. 3 AUSFÜHRUNGS- UND LIEFERFRISTEN

- (1) Bei Übernahme eines Auftrages sind in Abhängigkeit vom Auftragsumfang präzise Vereinbarungen betreffend der Frist der auszuführenden Arbeiten bzw. der Lieferungen zu treffen.
- (2) Die in Auftrag gegebenen Leistungen gelten mit der vom Kunden schriftlich bestätigten Übergabe des Werkes als erbracht.
- (3) Die vertraglich vereinbarte Lieferzeit beginnt mit dem Tag der Annahme des Auftrages durch den Auftragnehmer, wenn alle notwendigen Arbeitsunterlagen vom Kunden zur Verfügung gestellt wurden. Die vereinbarten Liefertermine sind grundsätzlich einzuhalten. Insoweit ein Schaden auf einem Verschulden des Auftragnehmers, ausgenommen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, beruht, ist eine allfällige Schadenersatzpflicht

gegenüber dem Kunden als Auftraggeber mit der Höhe des Rechnungsbetrages über den vereinbarten Auftrag begrenzt.

- (4) Der Kunde ist weiters verpflichtet, die für die Durchführung des Auftrages zur Verfügung gestellten Unterlagen (Fotos, Logos etc) auf eventuelle bestehende Urheber-, Kennzeichenrechte oder sonstige Rechte Dritter zu prüfen. Der Auftragnehmer haftet nicht wegen einer Verletzung derartiger Rechte. Wird der Auftraggeber wegen einer solchen Rechtsverletzung in Anspruch genommen, so hält der Kunde den Auftragnehmer schad- und klaglos; er hat ihm sämtliche Nachteile zu ersetzen, die ihm durch eine Inanspruchnahme Dritter entstehen.

ART. 4 ENTGELTLICHKEIT VON PRÄSENTATIONEN

- (1) Bei Umsetzungskonzepten gilt die Einladung des Kunden, eine Präsentation zu erstellen (Vorentwurf), als Auftrag, einen definierten Leistungsinhalt zu erbringen, der einen Rechtsanspruch auf Entgeltlichkeit der Präsentation begründet. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach der jeweiligen Vereinbarung. Sollte anlässlich der Einladung die Höhe des Entgelts nicht vereinbart worden sein, so gebührt ein angemessenes Entgelt. Durch die Abhaltung der Präsentation wird der Auftrag zugleich angenommen und erfüllt.
- (2) Für Werbeagenturleistungen steht dem Auftragnehmer für die Teilnahme an Präsentationen ein angemessenes Honorar zu, das mangels Vereinbarung zumindest den gesamten Personal- und Sachaufwand des Auftragnehmer für die Präsentation sowie die Kosten sämtlicher Fremdleistungen deckt. Erhält der Auftragnehmer nach der Präsentation keinen Auftrag, so bleiben alle Leistungen des Auftragnehmer, insbesondere die Präsentationsunterlagen und deren Inhalt im Eigentum des Auftragnehmers; der Kunde ist nicht berechtigt, diese – in welcher Form immer – weiter zu nutzen; die Unterlagen sind vielmehr unverzüglich dem Auftragnehmer zurückzustellen. Die Weitergabe von Präsentationsunterlagen an Dritte, sowie deren Veröffentlichung, Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Verwertung ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Auftragnehmer nicht zulässig. Ebenso ist dem Kunden die weitere Verwendung der im Zuge der Präsentation eingebrachten Ideen und Konzepte untersagt und zwar unabhängig davon, ob die Ideen und Konzepte urheberrechtlichen Schutz erlangen. Mit der Zahlung des Präsentationshonorar erwirbt der Kunde keinerlei Verwertungs- und Nutzungsrechte an den präsentierten Leistungen.

ART. 5 URHEBERRECHTLICHE BESTIMMUNGEN UND NUTZUNGSRECHTE

- (1) Das gesetzliche Urheberrecht des Auftragnehmer an seinen Arbeiten ist unverzichtbar.
- (2) Der Kunde ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die Leistungen des Auftragnehmers nur für den jeweils vereinbarten Auftragszweck Verwendung finden.
- (3) Die dem Kunden eingeräumte Werknutzungsrechte dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Auftragnehmer als Urheber an Dritte entgeltlich oder unentgeltlich übertragen werden. Bei weiterer, darüber hinausgehender Nutzung ist grundsätzlich Rücksprache mit dem Urheber zu halten.
- (4) Der Kunde ist erst nach ordnungsgemäßer Bezahlung des vereinbarten Honorars befugt, die urheberrechtlich geschützten Leistungen in der vereinbarten Art und Weise zu nutzen.
- (5) Urheberrechtlich geschützte Leistungen dürfen weder im Original noch bei der Reproduktion ohne Genehmigung des Urhebers geändert werden. Nachahmungen, welcher Art auch immer, sind unzulässig.
- (6) Konzepte und Entwurfsvorlagen bleiben, wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, Eigentum des Urhebers und können nach erfolgter Verwendung zurückgefordert werden. Eine Archivierung erfolgt nach Absprache (insbesondere über die Dauer).
- (7) Werden urheberrechtliche Leistungen des Auftragnehmers über die vereinbarte Form, den Zweck und Umfang hinaus genutzt, so ist der Kunde verpflichtet, dem Auftragnehmer hierfür ein weiteres angemessenes Honorar zu bezahlen. Dies gilt auch im Fall der Neuauflage eines Druckwerkes/der Veranstaltung/des Kommunikationskonzeptes.
- (8) Bei urheberrechtlich geschützten Leistungen des Auftragnehmers, deren Nutzungsumfang bei Vertragsabschluss noch nicht feststeht oder die als Handelsobjekt im geschäftlichen Verkehr zur unbeschränkten Nutzung geeignet sind, besteht das Honorar aus zwei Teilen: zum einen als Honorar für die Leistungen im Original und zum zweiten als Vergütung für die unbeschränkte Übertragung der Nutzungsrechte (Copyright).
- (9) Ist bei Vertragsabschluss die Vergütung für die uneingeschränkte Übertragung aller Nutzungsrechte nicht ausdrücklich festgelegt worden, so stellt im Zweifel das vereinbarte Honorar lediglich das Entgelt für die Ausarbeitung der in Auftrag gegebenen Leistungen dar.
- (10) Der Auftragnehmer ist zur Anbringung seines Firmenwortlautes und Kommunikation über die erbrachten Leistungen, einschließlich des dazugehörigen Corporate Design auf jedem von ihm entworfenen und in angemessenem Umfang berechtigt.
- (11) Von allen Arbeiten, auch Nachdrucken, Presseberichten, Dokumentationen, sind dem Auftragnehmer auf Wunsch einwandfreie Belege (bei wertvollen Stücken eine angemessene Anzahl) zu überlassen, welche dieser zum Zwecke des Nachweises erbrachter Leistungen verwenden und veröffentlichen darf.

(12) Alle Werbeagentur-Leistungen, einschließlich jener aus Präsentationen (z.B. Anregungen, Ideen, Skizzen, Vorentwürfe, Skribbles, Reinzeichnungen, Konzepte, Negative, Dias), auch einzelne Teile daraus, bleiben ebenso wie die einzelnen Werkstücke und Entwurfsoriginale im Eigentum des Auftragnehmer und können von dem Auftragnehmer jederzeit – insbesondere bei Beendigung des Vertragsverhältnisses – zurückverlangt werden. Der Kunde erwirbt durch Zahlung des Honorars nur das Recht der Nutzung (einschließlich Vervielfältigung) zum vereinbarten Zweck und im vereinbarten Nutzungsumfang. Der Erwerb von Nutzungs- und Verwertungsrechten an Leistungen des Auftragnehmer setzt in jedem Fall die vollständige Bezahlung der von dem Auftragnehmer dafür in Rechnung gestellten Honorare voraus.

ART. 6 GESTALTUNGSFREIHEIT

(1) Innerhalb des vom Auftraggeber vorgegebenen Rahmens (Briefings) besteht bei der Erfüllung des Auftrages Gestaltungsfreiheit.

ART. 7 VERSCHWIEGENHEITSPFLICHT

- (1) Der Auftragnehmer behandelt alle internen Vorgänge und erhaltenen Informationen, die ihm durch die Arbeit beim und mit dem Kunden bekannt geworden sind, streng vertraulich; insbesondere werden auftragsbezogene Unterlagen Dritten nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kunden zugänglich gemacht. Eine Ausnahme liegt dann vor, wenn Unterlagen im Zuge einer Strafermittlung eingesehen werden sollten.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeiter und Angestellten zur Beachtung dieser Grundsätze anzuhalten; er verbürgt sich für deren Verhalten.

ART. 8 RÜCKTRITTSRECHT

- (1) Für den Fall der Überschreitung einer vereinbarten Lieferzeit aus alleinigem Verschulden des Auftragnehmers ist der Kunde berechtigt, mittels eingeschriebenem Brief vom Vertrag zurückzutreten, wenn auch innerhalb einer angemessenen Nachfrist die vereinbarte Leistung in wesentlichen Teilen ohne Verschulden des Auftraggebers nicht erbracht wird.
- (2) Höhere Gewalt, Arbeitskonflikte, Naturkatastrophen und Transportsperrungen entbinden den Auftragnehmer von der Lieferverpflichtung bzw. gestatten ihm eine Neufestsetzung der vereinbarten Lieferfrist.
- (3) Stornierungen durch den Kunden sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmer möglich. Im Fall eines Stornos hat der Auftragnehmer das Recht, neben den erbrachten Leistungen und aufgelaufenen Kosten eine angemessene Stornogebühr zu verrechnen.
- (4) Der Auftragnehmer ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Kunde
 - a. die ihm obliegende Mitwirkungspflicht grob verletzt und trotz Setzung einer Nachfrist weiter verzögert wird

- b. wenn die Ausführung der Leistung aus Gründen, die der Kunde zu vertreten hat, unmöglich ist oder
- c. mit der Bezahlung eines fällig gestellten Betrages in Verzug ist. Dies setzt die Androhung des Rücktritts und Setzung einer zwei Wochen nicht überschreitenden Nachfrist voraus. Ein Rücktrittsrecht besteht auch bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftraggebers. Auch in diesen Fällen gebührt dem Auftragnehmer die Vergütung des Leistungshonorars für alle begonnenen Arbeiten, sowie des bis dahin angefallenen Nebenleistungs- und Kostenaufwandes.

ART. 9 ERFÜLLUNGORT UND -ZEIT

- (1) Wenn nichts anderes vereinbart ist, erbringt der Auftragnehmer seine Leistungen an seinem Geschäftssitz beziehungsweise seinen Aufenthaltsort.
- (2) Die vertraglich vereinbarte Lieferzeit ist vom Auftragnehmer grundsätzlich einzuhalten. Bei vom Auftragnehmer zu verantwortenden Lieferverzug inkl. Nachfrist ist dieser verpflichtet, für den nachweislichen Schaden Ersatz gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu leisten.

ART. 10 HONORARANSPRÜCHE UND ZAHLUNGSBEDINGUNGEN

- (1) Bei Agenturleistungen gelten die im Angebot aufgezählten Projektschritte, als die mit dem Honorar abgegoltenen Leistungen. Wenn nichts anderes vereinbart ist, entsteht der Honoraranspruch des Auftragnehmer für jede einzelne Leistung, sobald diese erbracht wurde. Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Deckung seines Aufwandes Vorschüsse zu verlangen.
- (2) Das Gesamthonorar ist ohne Abzug zahlbar und spätestens mit der durch den Auftragnehmer angebotenen Übergabe des Werkes fällig. Wird das beauftragte Werk (die Leistungen) in Teilen zur Übergabe bereitgestellt, so sind entsprechende Honorarteile und Nebenkosten jeweils zu diesen Zeitpunkten fällig. Bei Zahlungsverzug gelten ab Fälligkeit 1 % Zinsen pro Monat als Verzugszinsen vereinbart. Befindet sich der Auftraggeber mit der Bezahlung eines fälligen Betrages in Verzug, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, weitere Leistungen bis zur Begleichung des ausstehenden Betrages zu erbringen.
- (3) Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, Forderungen mit Honoraransprüchen gegenzurechnen oder Zahlungen wegen Bemängelung zurückzuhalten. Der Auftragnehmer hat als Gegenleistung zur Erbringung seiner Leistungen Anspruch auf Bezahlung eines angemessenen Honorars durch den Kunden.

ART. 11 HAFTUNG UND GEWÄHRLEISTUNG

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm erteilten Aufträge sorgfältig und fachgerecht auszuführen und dabei alle Interessen seines Kunden zu wahren. Er haftet für Schaden nur im Falle, da ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann, und zwar im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Wenn nicht im erteilten Auftrag vereinbart (Erfolgsdefinition), sind die Honorare keine Erfolgshonorare und daher unabhängig von Besucherzahl, Verkaufszahl oder anderen unternehmerischen Kennzahlen als Leistungsabgeltung zu bezahlen.
- (3) Der Kunde haftet dafür, dass dem Auftragnehmer die zur Erstellung der Leistung notwendigen Unterlagen und Informationen zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden.
- (4) Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten, nachdem der oder die Anspruchsberechtigten vom Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens jedoch drei Jahre nach dem anspruchsbegründenden Ereignis - eingeschränkt auf die vom Auftragnehmer abgedeckten Aufgabenbereiche - gerichtlich geltend gemacht werden.
- (5) Der Kunde hat Anspruch auf kostenlose Beseitigung von Mängeln, sofern diese vom Auftragnehmer zu vertreten sind und ihm umgehend nach Kenntnis mitgeteilt wurden. Dieser Anspruch erlischt zwei Monate nach Erbringung der beanstandeten Leistung des Auftragnehmer.
- (6) Der Kunde hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung bzw. falls die erbrachte Leistung infolge des Fehlschlages der Nachbesserung für den Auftraggeber zu Recht ohne Interesse ist, das Recht auf Wandlung.

ART. 12 ANZUWENDENDEN RECHT, GERICHTSSTAND

- (1) Die Rechtsbeziehung unterliegt hinsichtlich des Auftrages und den sich daraus ergebenden Ansprüchen dem österreichischen Recht.
- (2) Für Streitigkeiten ist das Gericht am Geschäftssitz des Auftragnehmer zuständig.

ART. 13 SONSTIGES

Sollten einzelne Teile dieser Allgemeinen Auftragsbedingungen ungültig sein, so berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen. Bei Streitigkeiten aus dem Werbebereich, die sich aus dem Auftragsverhältnis ergeben, empfiehlt es sich, vor Beschreitung des Rechtsweges einen gerichtlich zertifizierten Sachverständigen um Vermittlung anzurufen.